

Taunus Zeitung

Montag, 18. Oktober 2021 · Süd · Jahrgang 145 · Nr. 242

Frankfurter Neue Presse

D 4144 A · € 2,30

GLOSSIERT

Gesetz der Schwerkraft

Mit dem Sprit ist es wie mit der Medizin: Sie muss scharf und bitter schmecken, sonst nützt sie nichts. Das gilt für Gin und Wodka, im russischen Volksmund auch als „Treibstoff für die Seele“ bekannt. Und das gilt für den britischen Treibstoff auf vier Rädern. Einfach bitter, dass er schlichtweg nicht da ist, wo man nach dem Brexit dringend mal auf-tanken müsste! Das mag nach sowjetischer Misswirtschaft klingen, doch selbst dort war wenigstens Hochprozentiges immer verfügbar. Nein, mit dem britischen Benzin verhält es sich in Wahrheit wie mit dem Geld: Es ist immer da, es ist nur gerade woanders – eben nicht bei denen, die es so dringend brauchen, sondern bei jenen, die längst weder Zeit noch Raum für ein ausgiebiges Geldbad haben. Dabei ist Geld ursprünglich ebenso wenig endlos wie Benzin. Einst war der Treibstoff für die Weltwirtschaft an Gold und Silber gebunden. Doch dann kamen Schlaumeier auf die Idee, diese kostbaren Rohstoffe durch spekulative Recheneinheiten zu ersetzen, die auf den Schrottplatz des Geldmarktes gehören! Würde das beim Benzin funktionieren, könnte man Öl durch unbegrenzte Abfallstoffe ersetzen, die man sonst bestenfalls im Abfluss hinunterspült. Benzin- und E-Tankstellen mit ihren langen Transportwegen würden dann überflüssig. Besser so, dass das nicht klappt und wir bodenständig bleiben und rechnen müssen, statt Luftschlösser und Traumschiffe in ferne Galaxien zu bauen. Dagegen spricht zum Glück das Gesetz der Schwerkraft!

GERNOT GOTTWALS

HEUTE IM BLATT

Arabische Länder in der Krise

Zum Start in die Buchmessen-Woche präsentieren wir politische Bücher zur arabischen Welt in der Krise und zur Debatte um Querdenker. » SEITE 3

Deutlich Über-Bewertet

Mit 91 Milliarden Dollar wird der weltgrößte Fahrdienstvermittler an der Börse bewertet, der noch nie einen operativen Gewinn ausgewiesen hat. » SEITE 4

Bad Homburg: Artenschutzhaus errichtet

Im Bad Homburger Stadtteil Ober-Eschbach hat der NABU das erste Artenschutzhaus für Vögel und Fledermäuse in der Kurstadt errichtet. » SEITE 9

Lust auf Klimaschutz

Friedrichsdorf geht beim Klimaschutz in die Offensive. Mit einer neuen Stelle im Rathaus und einem Konzept werden Weichen gestellt. » SEITE 13

Einstein auf vier Pfoten

Heute erzählen wir in unserer Serie, wie Tiere wie der schlaue Hund „Einstein“ Leben retten können. » SEITE 7

Tierisch gut!
Lebensretter.
Bester Freund.
Unterhaltungskünstler.

MENSCH DES TAGES

Noch ein Goscinny-Asterix?

Anne Goscinny, Tochter des 1977 verstorbenen Asterix-Schöpfers René Goscinny, hat bei der Sichtung von Dokumenten einen unbekannten Textentwurf ihres Vaters entdeckt. Bei dem Fragment „Asterix im Zirkus“ handle es sich um „20 Seiten, ein halbes Album“, so Goscinny, die den Titel möglicherweise bearbeiten und veröffentlichen will.



dpa/FOTO: AFP

DIE GUTE MELDUNG

170000 Bäume für besseres Klima

Paris – Bislang zählt Paris zu den Ballungsräumen mit zu hoher Luftverschmutzung, mit dem Anpflanzen von 170000 neuen Bäumen will die französische Hauptstadt das Stadtklima nun verbessern. Überall wo noch Platz ist, entlang der Straßen, auf Plätzen, in Parks und auch an den Böschungen der Stadtautobahn Périphérique sollen zusätzliche Bäume gepflanzt werden, kündigte die Stadtverwaltung an. Damit solle der Klimawandel bekämpft werden. Die Bäume absorbieren CO₂. dpa

 4° Morgens	 14° Mittags	 12° Abends
Tiefsttemperatur der kommenden Nacht: 3°		

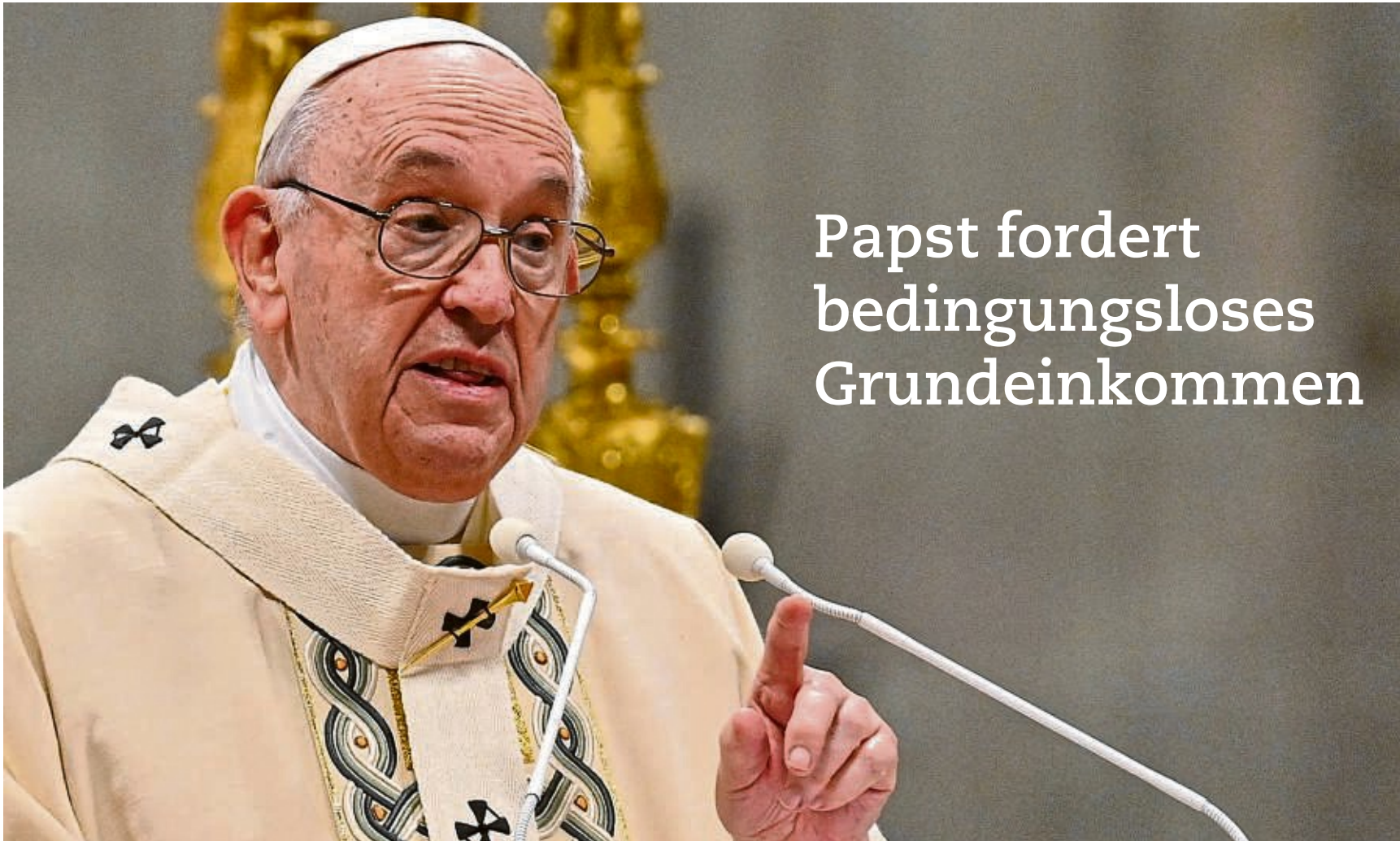
So erreichen Sie uns

Abo-Service/Zustellung: Telefon: (061 72) 92 73 90,
E-Mail: leserservice@fnp.de, www.fnp.de/service

Anzeigen: Telefon: (069) 75 01 33 36,
E-Mail: service@rmm.de

Redaktion: Telefon (061 72) 92 73 30, www.taunuszeitung.de,
E-Mail: tz-bad-homburg@fnp.de

Anschrift: Bad Homburg, Schwedenpfad 2,
Geschäftsstelle: Mo. und Do. 9 bis 12.30 Uhr geöffnet.



Papst fordert bedingungsloses Grundeinkommen

Papst Franziskus hat für die Opfer der Anschläge in Norwegen, Afghanistan und Großbritannien gebetet. In der zurückliegenden Woche hätten verschiedene Attentate zahlreiche Todesopfer und Verletzte gefordert, sagte das 84 Jahre alte Oberhaupt der katholischen Kirche am Sonntag vor zahlreichen Gläubigen auf dem Petersplatz in Rom. „Ich drücke den Familien der Opfer meine Nähe aus.“ Franziskus forderte, den Weg der Gewalt aufzugeben, denn sie erzeuge immer nur weitere Gewalt. Am Samstag forderte Franziskus in einer Videobotschaft die Waffenhersteller und -händler auf, ihre Aktivität einzustellen. Sie schürten damit Gewalt und Krieg. Der Argentinier verlangte außerdem, ein bedingungsloses Grundeinkommen einzuführen, damit sich alle auf der Welt die nötigsten Dinge zum Leben leisten könnten. Eine andere Möglichkeit wäre ihm zufolge, die tägliche Arbeitszeit zu reduzieren, da so mehr Menschen Zugang zum Arbeitsmarkt bekämen. Vor dem sonntäglichen Angelus-Gebet auf dem Petersplatz spendete Franziskus seinem früheren Zeremonienmeister Guido Marini in einer Messe die Bischofsweihe. Ende August ernannte er den 56-jährigen zum Bischof der norditalienischen Diözese Tortona. dpa/FOTO: AFP

Grünes Licht für Koalitionsgespräche

Delegierte der Öko-Partei stimmen für die Aufnahme von Verhandlungen mit SPD und FDP

Berlin – Die Grünen haben für Koalitionsverhandlungen mit SPD und FDP gestimmt. Bei einem kleinen Parteitag votierten die Delegierten am Sonntag in Berlin mit großer Mehrheit für die Aufnahme der Gespräche zur Bildung einer gemeinsamen Regierung. Von nach Parteiangaben etwa 70 stimmberechtigten Delegierten stimmten zwei mit Nein, es gab eine Enthaltung.

Damit stand nur noch die Zustimmung der FDP-Führung am Montag aus. Bereits am Freitag hatte der SPD-Vorstand einstimmig für Koalitionsverhandlungen votiert. Erste Gespräche könnten in einigen Tagen beginnen.

Zuvor hatten Parteichef Robert Habeck und andere Mitglieder des Grünen-Sondierungsteams die Delegierten auf eine künftige Regierungsbeteiligung eingeschworen. „Wir werden Treiberin großer Transformationsaufgaben sein“, sagte Habeck, der um ein Mandat für eine „Fort-schrittsregierung“ bat. Seine Partei stehe kurz davor, zum zweiten Mal Teil einer Bundesregierung zu werden. „Es ist tatsächlich so, dass wir gerade ein Stück weit grüne Ge-

schichte schreiben.“ Habeck betonte den Machtwillen der Grünen nach Jahren in der Opposition. Die Partei müsse nun beweisen, dass sie reif dafür sei, Regierungsverantwortung zu übernehmen. „Wir kommen aus der Defensive in die Gestaltung, in die Offensive.“ Die Grünen könnten nun mitgestalten. „Wir wollen diese Verantwortung“, betonte Habeck. „Wir wollen die Wirklichkeit gestalten.“

Kaum harsche Kritik auf Parteitag

Das sah die Mehrheit der Delegierten auf dem Parteitag ganz offenbar ähnlich. Harsche Kritik war kaum zu hören. So merkte Cansin Köktürk aus Bochum an, sie habe den Eindruck, die FDP habe die Wahl gewonnen. „Wo steht in diesem Sondierungspapier die wahrhaftige Be-seitigung der Armut in diesem Land?“, fragte sie. Andere hoben den Handlungsbedarf hervor, den es in einer künftigen Bundesregierung noch beim Klimaschutz und beim Kampf gegen Armut gebe.

Mehrere Delegierte mahnten an, dass in den nun bevorstehenden Ko-

alitionsverhandlungen noch wichtige Details zu klären seien. So müsse deutlich werden, woher das Geld für notwendige Investitionen kommen solle, betonte die Hamburger Delegierte Anja Hajduk. Die Grünen müssten FDP und SPD in die Pflicht nehmen, um „diese 500 Milliarden für ein Investitions-Jahrzehnt“ zusammenzubekommen. Die Grünen wollen insbesondere in öffentliche Infrastruktur und Klimaschutz investieren.

Der Kieler Delegierte Lasse Peters-dorff lobte die Einigung auf zwölf Euro Mindestlohn als „Revolution“,



Robert Habeck betont den Machtwillen der Grünen. FOTO: AFP

warnte aber auch, die Vorhaben zum Klimaschutz müssten in den Koalitionsverhandlungen noch konkreter und ambitionierter werden. Die Grünen müssten aufpassen, „dass die FDP nicht Grenzen zieht, während wir Hoffnungen beschreiben“.

Grünen-Chefin Annalena Baerbock erhielt insbesondere für die im Sondierungspapier festgehaltenen Klimaschutz-Vorhaben Applaus. Hier sei wahnsinnig viel erreicht worden zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad im Vergleich zur vorindustriellen Zeit. Bei der Rente könne man nicht die nächsten Jahre so „dahinwurschteln“. „Wir wollen einen echten Aufbruch schaffen, auch für zukünftige Generationen.“

In den Koalitionsverhandlungen stehe aber auch noch einiges an Arbeit an, sagte Baerbock, die ankündigte, dass die europäische Außenpolitik eine große Rolle in den Verhandlungen spielen werde. In der Vergangenheit sei „eine Chance für die Menschenrechte in dieser Welt“ vertan worden. „Es wird immer wieder dazu kommen, dass wir auch bis in die Nacht heftig ringen“, sagte sie mit Blick auf die Koalitionsverhand-

lungen voraus. Während Sondierungsverhandlungen der noch unverbindlichen Erkundung von Gemeinsamkeiten und Differenzen dienen, haben die Partner bei Koalitions-gesprächen eine gemeinsame Regierung schon fest im Blick. Über den Koalitionsvertrag wollen die Grünen ihre Mitglieder in einer Abstimmung entscheiden lassen. Erklärtes Ziel ist eine Regierungsbildung vor Weihnachten.

Am Freitag hatten die Unterhändler einer möglichen künftigen Ampel-Koalition ihr Sondierungsergebnis präsentiert. Dies nahm der kleine Parteitag der Grünen „zustimmend zur Kenntnis“. Es listet Themen auf, bei denen die drei Parteien eine „Vorstellung“ erzielen konnten. Einige Streitthemen sind bereits abgeräumt. So soll es keine Steuererhöhungen geben und die Schuldenbremse soll eingehalten werden. Der gesetzliche Mindestlohn soll auf zwölf Euro pro Stunde steigen. Beim grünen Kernthema Klimaschutz sind unter anderem ein beschleunigter Ausbau der erneuerbaren Energien und ein Kohleausstieg im Idealfall schon bis 2030 geplant. dpa

Warnung vor mehr Energiearmut in Europa

Brüssel – Angesichts stark gestiegener Energiepreise warnt EU-Arbeitskommissar Nicolas Schmit vor mehr Energiearmut in Europa. Es gebe bereits Millionen Menschen, die unter Energiearmut litten, „und diese Zahl könnte noch größer werden“, sagte Schmit. Zwar könne die EU-Kommission den EU-Ländern helfen, die Auswirkungen der derzeit hohen Energiepreise für die Menschen zu begrenzen, aber es sei primär Sache der nationalen Regierungen, Maßnahmen zu ergreifen. Am Freitag hatte die stellvertretende Regierungssprecherin Martina Fietz gesagt, dass es wichtig sei, europaweit koordiniert und innerhalb der geltenden Regeln für den EU-Binnenmarkt zu agieren. Die Energiepreise spielten auch beim EU-Gipfel in der nächsten Woche eine Rolle. dpa

Bluttat in Norwegen: Deutsche unter den Toten

Kongsberg – Bei einem Gottesdienst in Kongsberg ist am Sonntag der fünf Todesopfer der Bluttat in der norwegischen Kleinstadt gedacht worden. Unter den Toten ist auch eine Frau aus Deutschland, wie das Auswärtige Amt bestätigte. „Wir müssen leider bestätigen, dass unter den Opfern eine seit längerem in Norwegen lebende deutsche Staatsangehörige ist“, sagte ein Sprecher des Auswärtigen Amts. Details zu Alter oder Lebensumständen der Frau nannte er nicht. An dem Gedenkgottesdienst nahmen auch Kronprinz Haakon und Kronprinzessin Mette-Marit teil. Ein 37-jähriger Däne hat eingeräumt, am Mittwochabend in der Innenstadt von Kongsberg fünf Menschen getötet zu haben. Der Verdacht auf eine psychische Erkrankung erhärte sich, so die Polizei. dpa

Eintracht so schlecht wie lange nicht

Frankfurt – Die Frankfurter Eintracht hat beim 1:2 (0:1) gegen auch nicht gerade überragende Berliner die schlechteste Leistung in der Fußball-Bundesliga seit langem gezeigt. Die Partie hat gezeigt: Neuzugänge wie Sam Lammers, Jesper Lindström und Jens-Petter Hauge sind zum Teil noch nicht bundesligatauglich, eine Spielidee ist nicht erkennbar.

Chefcoach Oliver Glasner war anzumerken, wie ihn die Schlappe gegen den Krisenclub Hertha aufregte. „Wir sind alle schuld an dieser Niederlage, ich will das in keinsten Weise auf die Spieler abwälzen. Es war zu wenig, von mir auch. Ich hätte ein Stück weit früher ins Spiel eingreifen können“, sagte der Österreicher. » SEITE 23

Erdogan nennt Merkel „Freundin“

Trotz Konflikten entspannte Stimmung beim Abschiedsbesuch in Ankara

Ankara – Trotz aller Differenzen hofen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan auch unter einer neuen Bundesregierung auf eine enge Zusammenarbeit beider Länder. Merkel sprach sich bei ihrem Abschiedsbesuch als Regierungschefin in Istanbul zudem für eine Fortsetzung des Flüchtlingsabkommens mit der EU aus, das sie vor rund fünf Jahren mit ausgehandelt hatte. Es sei wichtig, dass die EU die Türkei weiter „bei der Bekämpfung der illegalen Migration“ unterstütze und diese auch in Zukunft gewährleistet werde, sagte Merkel.

„Wir merken, dass wir geostategisch voneinander abhängen, ob wir gleich agieren oder nicht“, sagte sie. Sie rate und denke, dass auch eine zukünftige Bundesregierung die Beziehungen zur Türkei in ihrer gesamten Komplexität erkenne. Man müsse miteinander reden, betonte sie, und dann auch Kritik etwa bei Menschenrechtsfragen anbringen.

Erdogan würdigte die „Freundin“ und „teure Kanzlerin“ als erfahrene Politikerin, die immer einen „vernünftigen und lösungsorientierten Ansatz“ gepflegt habe. Er hoffe, die gute Zusammenarbeit auch mit einer neuen Regierung fortführen zu können. Beobachter gehen davon aus, dass eine mögliche Ampelkoali-



Der türkische Präsident Erdogan empfängt Bundeskanzlerin Merkel am Präsidentenpalast Huber Villa in Istanbul. FOTO: DPA

tion einen härteren Kurs gegen die Türkei fahren könnte als die Regierung unter Merkel. Es ist in 16 Jahren der zwölfte Türkei-Besuch Merkels als Kanzlerin und voraussichtlich ihr letztes Treffen in dieser Funktion mit Erdogan. Die Stimmung schien am Samstag gelassen. Erdogan machte Scherze darüber, dass sich Merkel manchmal bei ihm über ihre Regierungskoalition beschwert habe, und betonte den Vor-

teil des türkischen Präsidialsystems. Merkel lachte, stellte aber klar: „Wir haben keine Absicht, ein Präsidialsystem einzuführen.“ Vergessen schienen Episoden wie etwa im Jahr 2017, als Erdogan auch Merkel persönlich mit Nazi-Vergleichen attackierte. Damals war das Verhältnis unter anderem wegen der Inhaftierung von Deutschen wie des Journalisten Deniz Yücel auf einem Tiefpunkt. dpa » SEITE 2